

## HAMBURGER CORPORATE GOVERNANCE KODEX (HCGK)

### ENTSPRECHENSERKLÄRUNG 2021

Die HAMBURGISCHE INVESTITIONS- UND FÖRDERBANK und ihre Tochtergesellschaft, die IFB Innovationsstarter GmbH, sowie ihre Enkelgesellschaft, die Innovationsstarter Fonds Hamburg GmbH, haben im maßgebenden Zeitraum im Geschäftsjahr 2021 mit folgenden Ausnahmen die Regelungen des Hamburger Corporate Governance Kodex eingehalten, die von Geschäftsführung und Aufsichtsrat zu verantworten sind.

Von folgenden Punkten wurde seitens der IFB abgewichen:

- *Punkt 3.3 des HCGK* - „Die Informationsversorgung des Aufsichtsrates ist Aufgabe der Geschäftsführung. Der Aufsichtsrat hat jedoch seinerseits sicherzustellen, dass er angemessen informiert wird. Zu diesem Zweck soll der Aufsichtsrat die Informations- und Berichtspflichten der Geschäftsführung näher festlegen. Inhalt und Turnus der Berichte der Geschäftsführung an den Aufsichtsrat sollen sich auch bei Unternehmen, die nicht als Aktiengesellschaft geführt werden, an § 90 AktG orientieren. Die Berichte gemäß § 90 AktG sind durch die auf Veranlassung der Freien und Hansestadt Hamburg gewählten oder entsandten Aufsichtsratsmitglieder an die zuständige Fachbehörde zur Unterrichtung weiterzuleiten. Der Aufsichtsrat wirkt auf eine rechtzeitige und ordnungsgemäße Berichterstattung hin.“

Neben dem Jahresabschluss, den aufsichtsrechtlich gemäß MaRisk geforderten vierteljährlichen Risikoberichten, den vierteljährlichen Planungsprognosen, den monatlichen Berichten über die Erfüllung der Wohnungsbauprogramme, den Berichten über die Erfüllung der Förderprogramme für den Geschäftsbereich Wirtschaft, Umwelt und Innovation sowie den jährlichen Berichten zur Planung, zur Planungsfortschreibung und -abrechnung, werden Berichte zur Unternehmenslage lediglich auf Anfrage der zuständigen Behörden in Abstimmung mit den Behörden erstellt.

- *Punkt 5.4.1 des HCGK* - „Bei der Besetzung von Aufsichtsgremien sind insbesondere die (gesetzlichen) Vorgaben des HmbGremBG zu beachten und einzuhalten.“

In allen Gremien wurden die gesetzlich geregelten Besetzungsquoten mit Frauen und Männern beachtet und eingehalten mit folgenden Ausnahmen:

Mit Beschluss vom 6. September 2021 wurden neue Mitglieder in den Innovationsausschuss gewählt, ab diesem Zeitpunkt beläuft sich die Frauenquote auf 60% und die Männerquote auf 40%, so dass die Anforderungen des HmbGremBG erfüllt sind. Für den Zeitraum davor war die Frauenquote nicht erfüllt.

Mit Beschluss vom 6. September 2021 wurden in den Prüfungsausschuss 4 Frauen und ein Mann gewählt, damit sind die Anforderungen des HmbGremBG nicht erfüllt.

Allerdings ist diese Konstellation aufgrund erfolgter Arbeitnehmervertreterwahlen entstanden und im Hinblick auf die geeignete Expertise von untergeordneter Bedeutung. Für den Zeitraum davor waren die Anforderungen an das HmbGremBG erfüllt.

- *Punkt 7.1.1 des HCGK* - „In den Statuten des Unternehmens sollen Fristen zur Vorlage des Jahresabschlusses und der Quartalsberichte geregelt werden.“

Die Berichtspflichten der IFB sind in IFB-Gesetz und -Satzung abschließend geregelt. Fristen für Quartalsberichte sind nicht vorgesehen. Als nicht kapitalmarktorientiertes Kreditinstitut besteht für die IFB auch aufgrund anderer gesetzlicher Regelungen keine gesetzliche Pflicht zur Aufstellung von Quartalsabschlüssen und -berichten.

Von folgendem Punkt wurde seitens der IFB Innovationsstarter GmbH und Innovationsstarter Fonds Hamburg GmbH abgewichen:

- *Punkt 3.7 des HCGK* - „Wird eine Versicherung zur Absicherung der Mitglieder der Geschäftsführung gegen Risiken aus deren beruflicher Tätigkeit abgeschlossen, so ist ein Selbstbehalt von mindestens 10% des Schadens bis mindestens zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung des jeweiligen Geschäftsführers bzw. der jeweiligen Geschäftsführerin vorzusehen. Für Mitglieder von Überwachungsorganen soll beim Abschluss einer derartigen Versicherung nur dann ein entsprechender Selbstbehalt vereinbart werden, wenn sie für ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat eine Vergütung erhalten.“

Die Gesellschaft hat in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Organe und leitende Angestellte abgeschlossen. Es wurde kein Selbstbehalt vereinbart. Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten keine Vergütung.